I.

Weshalb ist staatsbürgerliche Erziehung nötig?

Die Erinnerungsfeiern des Jahres 1913 haben das deutsche Volk in allen seinen Schichten aufgerüttelt und wie es scheint, nachhaltig in nationalem Sinne beeinflußt. In Kiel ergriff bei der Jubiläumsfeier der Bruder unseres Kaisers, Prinz Heinrich v. Preußen, die Gelegenheit, um in ernsten Worten die bürgerlichen Parteien zu ermahnen, daß sie sich zusammenschließen möchten »zum Kampf gegen diejenigen Elemente, die immer und immer systematisch versuchten, die Volksseele zu vergiften und zu verseuchen.« Und in der Tat, ist keine Jubiläumsfeier so geeignet, das Geschlecht von heute ernst zu stimmen wie die eine Erinnerung an die Zeit vor hundert Jahren. Besonders zwei Fragen sind es, deren Beantwortung auch für die Gegenwart von Wichtigkeit ist. Einmal: Wie kam es, daß Preußen 1806 so plötzlich zusammenbrach? und zweitens: Wodurch gelang 1813 demselben Staate das wunderbare Werk der Befreiung?

1806 brach Preußen zusammen, weil die große Masse des Volkes dem Staat gleichgültig gegenüberstand, und 1813 kam die Befreiung, weil es gelungen war, dem Volke Interesse für den Staat einzuflößen, weil das Volk einsah, daß sein Interesse mit dem des Staates untrennbar verknüpft sei. So hatte die harte Schule der Not und des Unglücks während der Zeit der Fremdherrschaft das preußische Volk zur Erkenntnis dessen gebracht, was nötig ist. Freilich ging

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

damals nicht alles in Erfüllung, was die Freiheitskämpfer des Jahres 1813 erhofft hatten. Dazu war die Zeit noch nicht gekommen. Erst mußte die wirtschaftliche Einigung Deutschlands den Beweis liefern, daß ein einiges Reich auch materielle Vorteile bringe. Preußen mußte ferner noch wertvolle Teile deutschen Landes in sich aufnehmen, um stark genug zu sein zur Bewältigung des Einheitswerkes, und vor allem mußte der Dualismus der beiden führenden Mächte beseitigt werden. Dann erst konnte das neue Reich erstehen, das hohe Ziel, nach dem die Helden der Befreiungskriege gestrebt hatten. So war Deutschland auch politisch geeinigt, und damit schien alles erreicht zu sein, was nationalgesinnte Männer wünschen konnten. Aber der Schein trog. Als die Begeisterung des eisernen Jahres verflogen war, als das junge Reich vor neue Aufgaben gestellt wurde, die auf dem Gebiete der inneren Politik lagen, Aufgaben militärischer, sozialer, wirtschaftlicher Natur, da zeigte es sich, daß dem deutschen Volke die Fähigkeit zur Lösung aller dieser Aufgaben noch nicht verliehen war. Die wirtschaftliche Einigung Deutschlands war geschaffen durch die Regierungen, die politische Einigung war eine Errungenschaft des deutschen Heeres. Die neuen Aufgaben sollten gelöst werden von einem politischen Organ, das bisher in Deutschland seinen Befähigungsnachweis noch nicht erbracht hatte, von einer Volksvertretung, die hervorging aus Wahlen, zu denen jeder erwachsene Deutsche berechtigt war, gleichgültig, ob er die dazu nötige Befähigung besaß oder nicht. Das mußte zu ernsten Mißständen führen. Schon 16 Jahre nach Beendigung des großen Krieges mußte der Reichstag aufgelöst werden, weil eine Mehrheit für die Bewilligung der nötigen Mittel zur Verstärkung unserer Wehrkraft nicht vorhanden war. Erst 1906 konnte die Mehrheit des Reichstages von der Notwendigkeit, Kolonien zu besitzen, sich überzeugen. Und wenn wir nach der großen Heeresvermehrung des vorigen Jahres hoffen dürfen, daß für die Wehrhaftigkeit unseres Volkes die nötigen Mittel nicht mehr verweigert werden, so ist es doch ein Zeichen politischer Unreife, wenn mehr als 4 Millionen deutscher Männer durch ihre Stimm-

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

abgabe erklären, daß ihnen Kaiser und Reich gleichgültig sind, ja, daß sie dem heutigen deutschen Staat feindlich gegenüberstehen. Gewiß dürfen wir annehmen, daß die Mehrheit jener 4 Millionen im Grunde ihres Herzens mit den letzten Zielen der von ihnen erwählten Führer nicht einverstanden ist, aber daß sie, von ihrem wichtigsten politischen Rechte in einem so staatsfeindlichen Sinne Gebrauch macht, darin liegt das Gefährliche. Wir müssen mit der Tatsache rechnen, daß Millionen deutscher Männer sich über das, was ihrem eigensten Interesse entspricht, nicht klar sind und in ihrer politischen Betätigung denen folgen, die in Wirklichkeit ihre schlimmsten Feinde sind. So ist die Waffe des allgemeinen Wahlrechts zum Gegenteil von dem geworden, wozu es sein Urheber bestimmt hatte. Es ist hier nicht der Ort, auf die politische Rechtfertigung des allgemeinen Wahlrechts einzugehen, aber vielleicht darf man es als ganz heilsam ansehen, wenn das geltende Reichstagswahlrecht ein Spiegelbild gibt der herrschenden Volksstimmung. Man kann in jeder Wahl einen Gradmesser der allgemeinen Zufriedenheit bezw. Unzufriedenheit erblicken. Auch ist es berechtigt, den Mangel an politischer Reife zu erklären als eine Folge des Werdegangs der deutschen Geschichte, als eine Folge der dem deutschen Volkscharakter innewohnenden Neigung zur Sonderbündelei. Zur Entschuldigung kann man ferner anführen, daß wir noch ein junges Reich sind und wenig Erfahrung besitzen im politischen Leben. Endlich muß auch daran erinnert werden, daß andere Staaten, insbesondere England, sich ihre Verfassung durch langjährige blutige Kämpfe, in denen sogar das Haupt eines Königs als Opfer fiel, errungen haben, während uns Deutschen das Reichstagswahlrecht als ein Geschenk des eisernen Kanzlers zufiel, ehe unser Volk dafür genügend vorbereitet war. Aus allem geht nur hervor, daß ein Mißverhältnis besteht zwischen dem Umfang der unserem Volke verliehenen politischen Rechte und der zur Ausübung dieser Rechte vorhandenen Befähigung. Für jeden anderen Beruf wird eine regelmäßige Vorbereitung durch

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Lehrzeit oder Studium verlangt, nur für den Beruf des Staatsbürgers wird der Deutsche wenig oder garnicht, jedenfalls völlig ungenügend vorbereitet. Und diese politische Unreife unseres Volkes hat es möglich gemacht, daß Männer als Führer geduldet werden, die ohne Verständnis für unsere Geschichte, für die gewaltigen Opfer, mit denen unsere Einheit erkauft wurde, nur das eine Ziel vor Augen haben, das Volk zu beherrschen und es in einen Gegensatz zu bringen gegen das eigene Vaterland, sowie gegen diejenigen Schichten, die bisher zum Wohle des Volkes gewirkt haben. Klassenkampf wird gepredigt, obwohl nur durch die gemeinsame Arbeit aller Teile unseres Volkes das Wohl des Landes gefördert werden kann. So ist es gekommen, daß Arbeiter und Arbeitgeber, Besitzlose und Besitzende, Gebildete und Kreise von geringerer Bildung fast überall sich schroff gegenüberstehen. Es wird mit Fanatismus versucht, die Massen gegen ihre wahren Freunde aufzuhetzen, es wird ein künstlicher Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit geschaffen, und das, was deutscher Erfindergeist, deutsche Energie und deutscher Fleiß in schwerer Arbeit an materiellen Gütern erworben haben, wird gehässig dargestellt als Diebstahl am Volke. Man vergißt, daß der riesenhafte Aufschwung von Handel und Industrie in erster Linie dem deutschen Arbeiter zu gute gekommen ist. Die glänzenden Leistungen unserer Sozialpolitik gegenüber den wirtschaftlich Schwachen werden nicht anerkannt oder als kümmerliche Abschlagszahlung bezeichnet. Und wenn man weiter den Massen die Überzeugung beizubringen versucht, daß die besitzenden Klassen nur die Pflicht hätten, für die Besitzlosen zu sorgen, so wird dadurch in bedenklicher Weise das Verantwortlichkeitsgefühl des Volkes untergraben.

Ist es so gelungen, einen Keil hineinzutreiben in unseren Volkskörper, bei vielen auch die Liebe zum Vaterland, für Kaiser und Reich zu ersticken, so wird weiter daran gearbeitet, die Liebe zu Gott aus dem Herzen der Menschen zu reißen. In der richtigen Erkenntnis, daß die Religion dem Menschen einen festen Halt gewährt, wird die Existenz eines göttlichen Wesens geleugnet, die Religion als überflüssig,

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

ja als kulturfeindlich hingestellt. Und wenn man beobachtet, wie in manchen Herzen jedes religiöse Gefühl erstorben ist, dann wird man ermessen können, wie groß die Gefahr ist, die hier droht. Es ist nur die Konsequenz ihres ganzen Strebens, wenn die Sozialdemokratie zum Austritt aus der Kirche auffordert, da nichts ihrem Wirken mehr hinderlich sein kann, als nachhaltige religiöse Beeinflussung.

So sehen wir, daß ein tiefer Riß durch unser Volk geht, an dessen Erweiterung von gewissenlosen Demagogen eifrig und mit Erfolg gearbeitet wird. Das Mißtrauen, das überall in den unteren Schichten eines Volkes gegenüber denen herrscht, die es durch Fähigkeit und Fleiß weiter gebracht haben, wird geschickt ausgenutzt. Gewiß müssen wir zugeben, daß die Schuld an dieser unerfreulichen Entwickelung bei den gebildeten Kreisen zu suchen ist. Hätten die Gebildeten sich früher um die geistige und politische Entwickelung der großen Masse bekümmert, so wäre eine solche Entfremdung unmöglich gewesen. Aber was früher versäumt ist, muß nachgeholt werden. Sollen wir warten, bis wieder, wie vor hundert Jahren, bittere Not und schweres Unglück uns zur Einsicht bringen? Die Geschichte zeigt mit grausamer Klarheit, daß ein Volk, dessen einzelne Teile sich fremd oder gar feindlich gegenüberstehen, unrettbar dem Untergange verfallen ist. Wenn die Krankheit erkannt ist, kann und muß ein Mittel zur Heilung gefunden werden. Und die Heilung muß kommen von denen, die durch Bildung und Besitz dazu bestimmt sind, ohne Unterschied der Partei oder Konfession. Es muß etwas geschehen, um die Kluft in unserem Volke zu überbrücken, um die Gegensätze zu mildern, und das politische Verständnis unseres Volkes soweit zu fördern, daß es die Bestrebungen der staatsfeindlichen Elemente als solche erkennt und aus eigener Kraft ablehnt. Wenn Pessimisten erklären, es sei doch alles vergeblich, man müsse sich in das Unvermeidliche fügen, so ist das ein Zeichen trauriger Schwäche. Mit gesundem Optimismus muß das Wagnis unternommen werden, in der sicheren Hoffnung auf Gelingen.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf